

Das große Schweigen rund um den Gipsabbau

Zum Artikel „Engagement für den Osteroder Stadtwald: Harzer Gips-Industrie unterstützt Wiederauf- forstung“ vom 17. Juni

Ein Blick auf Google zeigt uns die Gipssteinbrüche, die sich wie immer größer werdende Krebsge- schwüre durch unsere europaweit einzigartigen Gipskarstlandschaf- ten im Südharz ziehen.

In der Zeitung zeigen sich in letzter Zeit Vertreter der Gipsindustrie mit niedlichen Tieren. Einmal ist es eine Uhu-Familie, die das unverschämte Glück hatte, an einer Stelle zu nis- ten, wo nicht gerade gebaggert und gesprengt wurde, dann ist es ein Spürhund, der nachweisen soll, wie wertvoll doch die Gipssteinbrüche sind. Die neueste Farce ist ein ziem- lich mickriger Scheck, der werbe- wirksam in die Kamera gehalten wird. Eigentlich müsste bei all die- sen Artikeln rechts oben in der Ecke das Wort „Werbung“ oder „Anzeige“ stehen, aber leider finde ich dort nichts.

Über die Vernichtung unserer über hundertjährigen Buchenwälder und deren einzigartige Flora und Fauna finde ich in unserer Zeitung ebenfalls nichts. Als Bürgerin wür- de ich gerne informiert werden, wo denn der nächste Abbau stattfinden wird. Was wäre besser geeignet als unsere Zeitung? Es gibt anschei- nend niemanden, der diese Infor- mationen an die Zeitung gibt und zwar so rechtzeitig, dass wir Bür- ger*innen da noch Einspruch erhe- ben können!

Und was bleibt zurück? Wie wirkt sich diese Zerstörung beispielsweise auf unseren Wasserhaushalt und auf unser örtliches Klima aus? Was ist mit dem, Tourismus, von dem unsere Region lebt? Woher kommt das Schweigen der örtlichen Kommunen und der Presse zu den Zerstörungen? Wann zahlt die Gipsindustrie wieder Steuern in unserer Region, anstatt Almosen zu verteilen?

Fragen über Fragen. Eine Antwort sucht man vergebens.

Das Ganze erinnert doch sehr an den Bergbaukonzern LEAG. Die investigativen Journalisten von Correctiv deckten auf, dass die Trinkwasserversorgung in Brandenburg, Berlin und Sachsen durch den Lausitzer Bergbau gefährdet wird. Kommunen haben Schweigeklauseln mit der LEAG vereinbart, Rechtsbrüche überfordern Behörden. Liegt beim Raubbau in unserem schönen Harz ein ähnliches strukturelles Versagen vor?

Beate Renner, Bad Sachsa